

Die Menschenrechtslage in Mauretanien 2012 - Unabhängiger Jahresbericht

Menschenrechtsorganisationen vor Ort zufolge setzte die Polizei Folter ein, um in Gefängnissen und auf Polizeirevieren Geständnisse zu erwirken. Die eingesetzten Techniken umfassten demnach Elektroschocks, Verbrennen, Schläge, unangenehme Positionen und Schlafentzug - bis hin zu sexueller Gewalt an Frauen. In der Vergangenheit kam es zu Todesfällen. Beschwerden bezüglich der Übergriffe wurden nicht untersucht. Es fanden willkürliche Verhaftungen statt, die Untersuchungshaftzeiten waren ungesetzlich lang. Die Hygienebedingungen in den Gefängnissen waren unzumutbar.

Die Regierung übte mehreren Organisationen zufolge Einfluss auf die Jurisprudenz aus und verletzte damit die Gewaltenteilung. Richter, die sozialem, finanziellem und tribalem Druck ausgesetzt waren, verfügen offenbar vielfach nach wie vor nicht über angemessene Ausbildung.

Die Internationale Föderation der Menschenrechtligen (FIDH) bemängelte, dass politische Aktivisten Repression und Verhaftungen zum Opfer fielen. Die Behörden schränkten die freie Meinungsäußerung massiv ein. Demonstranten, die gegen die Staatsführung eintraten, einschließlich Universitätsstudenten, wurden in Polizeigewahrsam genommen. Einige blieben wochenlang in Haft. 14 Gefangene blieben verschwunden, nachdem man sie im Mai 2011 vom Zentralgefängnis in Nouakchott an einen unbekanntenen Ort gebracht hatte. Offenbar gab es in diesem Fall lediglich einen einzigen Besuch des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes.

Es wurden in jüngster Vergangenheit Todesurteile wegen des Vorwurfs des Terrorismus ausgesprochen. Das Urteil gegen einen wegen Mordes an einem US-Staatsangehörigen Verurteilten wurde 2012 bestätigt. In November wurden die Todesurteile aus dem letzten Jahrzehnt gegen sieben Personen aufgehoben.

Sklaverei und Sklaverei-ähnliche Praktiken dauerten an. Der Emanzipationsbewegung Initiative für die Rückbewegung der Klavenabschaffung (IRA) zufolge sind 20% der mauretanischen Bevölkerung "fast ausschließlich Haratin" - Angehörige der untersten Kaste. Gemäß der zivilgesellschaftlichen "Erklärung für ein Mauretanien von Morgen, gleichberechtigt, vereint und mit sich selbst im Reinen" vom Oktober 2012 kommen "mehr als 80% der 1400.000 bis 1500.000 Armen in Mauretanien aus der Haratin-Gemeinschaft", mehr als 85% der Analphabeten, 90% der Hafenarbeiter, des Hauspersonals und der Handwerker. Mehr als 80% der betroffenen Schüler kommen der Erklärung zufolge nicht über das Volksschulniveau hinaus, weniger als 5% beenden die Sekundarstufe. Zudem seien weniger als 2% der hohen Funktionäre im öffentlichen und halböffentlichen Sektor Angehörige der Sklavenkaste.

Mauretanien ist geprägt von tief verwurzelter ethnischer und rassistischer Diskriminierung", besonders bei den Streitkräften. Die Haratin, Angehörige der Sklavenkaste, sind wirtschaftlich marginalisiert. 2010 stellte die die UNO fest, Analphabetismus, fehlende Informationen, Trennung von Familien und die Instrumentalisierung der Religion hätten Sklaven in Abhängigkeit gehalten. Laut IRA halten sich Richter und Polizei zu Gunsten der die Sklaverei noch Praktizierenden bei Enterbungen und Land-Enteignungen zurück. So sei Sklaverei effektiv der Öffentlichkeit verheimlicht worden. Es gibt seit 2009 ein offizielle Programm zur Bekämpfung von Sklaverei, und vor Kurzem wurde ein neuerliches Gesetz gegen Sklaverei verabschiedet. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen; der Erfolg bleibt abzuwarten.

IRA zufolge werden die wenigen Beschwerden wegen Sklaverei, die bei Gericht eingereicht werden, abgewiesen. Oftmals gebe es einen Reflex gegen die Opfer. Die Täter dagegen würden freigesprochen oder ihre Strafe ausgesetzt. Der Mauretanische Verein der Menschenrechte (AMDH) legt dar, dass im März 2012 der Oberste Gerichtshof einen wegen Sklaverei zu zwei Jahren Verurteilten auf freien Fuß setzte. Die Opfer der Sklaverei bleiben in der Regel ohne substanzielle Hilfe der Behörden.

Im April 2012 wurden 11 Mitglieder von IRA Mauritanie verhaftet. Sie hatten gegen Schriften islamischer Gelehrter protestiert und wurden angeklagt, die Staatssicherheit gefährdet zu haben, gegen allgemeine Moralvorstellungen verstoßen zu haben und eine nicht genehmigte Organisation zu führen. Im September wurden sie auf freien Fuß gesetzt. Eine kurze Verhaftung von vier IRA-Mitgliedern hatte bereits im Januar stattgefunden. 2010 waren sechs Mitglieder von IRA verurteilt und später begnadigt worden.

Am 27 September 2012 erschoss ein Gendarm einen Demonstranten und verwundete acht andere. Die Demonstranten, Afro-Mauretanier, verlangten eine neutrale nationale Volkszählung. Der laufende nationale Zensus diskriminiere massiv ihren Bevölkerungsteil. Im Oktober wurden mehr als 50 Demonstranten der Afro-Mauretanischen Initiative "Touche pas à ma nationalité" verhaftet, nachdem sie an Protestmärsche gegen die Volkszählung teilgenommen hatten, auf welche die Polizei mit Tränengas reagierte.

Die UNO hat verlangt, dass die nationale Strategie gegen Genitalbeschneidung effektiv angewandt wird. Weibliche Genitalbeschneidung wurde von allen Stämmen und Ethnien praktiziert. 2007 soll der Anteil der Genitalbeschnittenen bei 65% gelegen haben. Das Phänomen sei unter der städtischen Bevölkerung weniger präsent als auf dem Land. Gesetze gegen Vergewaltigung, fordert die UNO, sollen künftig Übergriffe in der Ehe umfassen. Bislang sei das Recht nicht ausgeschöpft.

Migranten - vor allem aus der Afrika "südlich des Sahara", Mali, Guinea und Senegal - wurden willkürlich verhaftet. Tausende wurden abgeschoben. Im April waren bis zu 800 Migranten in Haft, wurden in Abschiebeeinrichtungen in Nouadhibou und Nouakchott festgehalten, die meisten wurden nach Mali und Senegal zurückgeschickt. Sie hatten keine Möglichkeit des rechtlichen Einspruchs.

14 Männer mussten unter der Anschuldigung, homosexuell zu sein, im Gefängnis von Dar Naim zubringen. Es handelt sich dabei um einen Vorort von Nouakchott.

Thorsten Koch, MA
Frankfurt, im Frühjahr 2013